Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

14. Juni 2021

Transparenter Rechtsstaat - Geheimhaltung der NSU-Akten beenden -
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.79 -

Antrag

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung von Kassel, als mit einem Tatort betroffene Stadt, schließt sich der Forderung von inzwischen über 130.000 Bürgern nach Transparenz des Rechtsstaats bezüglich der NSU-Akten an.

Die unverhältnismäßig langen Sperrfristen von 30, 50, 90 und 120 Jahren sind ein zutiefst fragwürdiges und undemokratisches Instrument, durch das eine Kontrolle der Geheimdienste in der Öffentlichkeit nahezu unmöglich gemacht wird!

Tag für Tag wird gute und wichtige Arbeit von den Polizeikräften in Kassel, Hessen und in ganz Deutschland geleistet. Das Vertrauen in diese Arbeit darf nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

*Wir fordern den hessischen Landtag, den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, sowie den hessischen Innenminister Peter Beuth auf: Machen Sie die NSU-Akten unverzüglich und vollumfänglich öffentlich zugänglich! *)*

Die Öffentlichkeit, wie auch die betroffenen Familien der Opfer, haben ein Recht auf Aufklärung. Trauen sie dem Land diese sicherheitspolitische Debatte zu!
[Übernahme aus dem Petitionstext der "Gruppe zur Freigabe der NSU-Akten"]

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann Nicole Eglin

Stadtverordnetenvorsteherin Schriftführerin 2 von 2